



## **ASIEN/NORDKOREA - Nichtregierungsorganisationen fordern von den Vereinten Nationen die Schließung der Arbeitslager in Nordkorea**

Seoul (Fidesdienst) – Die Vereinten Nationen sollen Nordkorea bei der Schließung der im Land existierenden Arbeitslager zur Seite stehen: dies fordern über 40 Menschenrechtsorganisationen, darunter auch Organisationen christlicher Prägung, die sich in der „Internationalen Koalition zur Beendigung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Nordkorea“ zusammenschließen, in einer Petition, die sie heute dem UN-Menschenrechtsrat vorlegen. Wie die Nichtregierungsorganisation „Christian Solidarity Worldwide“ dem Fidesdienst mitteilt, werden in den „Umerziehungslagern“ über 200.000 Menschen festgehalten, die als „Dissidenten oder Oppositionelle“ gelten. Darunter auch Kinder und über 40.000 Christen, die wegen ihres Glaubens inhaftiert sind. „Das Leben in den nordkoreanischen Lagern gehört zu den schwersten Menschenrechtsverstößen in der heutigen Welt“, so Jared Genser von der Koalition zum Fidesdienst. Die Inhaftierten müssen täglich zwölf Stunden und mehr schwerste Arbeiten verrichten. 25% der Inhaftierten sterben jedes Jahr infolge der verheerenden Arbeitsbedingungen. Nach Schätzungen starben in den vergangenen zehn Jahren insgesamt rund 400.000 Häftlinge.

Ha Tae-keung von „Open North Korea“ betont: „Viele Häftlinge verhungern. Krankheiten wie Tuberkulose und Lungenentzündungen sind weit verbreitet und es gibt keine medizinische Versorgung. Die Häftlinge müssen trotz Krankheit arbeiten und wenn sie nicht mehr arbeiten können, dann warten sie in so genannten Sanatorien auf den Tod. Oft kommt es auch zu Folter, Vergewaltigung und willkürlichen Hinrichtungen.“

„Kim Jong-un muss sich entscheiden“, so Kanae Doi vom japanischen Büro von „Human Rights Watch“, „entweder er lässt alles beim Alten und macht sich für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich oder er lässt die Arbeitslager schließen und beendet damit dieses schreckliche Kapitel in der Geschichte seines Landes“.

Die heute vorgelegte Petition, fordert von den Vereinten Nationen eine Untersuchung zu den Arbeitslagern in Nordkorea auf der Grundlage der Prozedur, die auch bei den Untersuchungen zur Situation der Häftlinge in Guantanamo Bay in Kuba zugrunde gelegt wurde. Die Koalition bittet die Vereinten Nationen auch um eine Zusammenarbeit mit der Regierung in Nordkorea bei einer eventuellen Schmerzensgeldzahlung an die Opfer und ihre Angehörigen. (PA) (Fidesdienst, 03/04/2012)